

# Correspondent

Ercheint  
Mittwoch, Freitag,  
Sonntag,  
mit Ausnahme der Feiertage.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich eine Mark.

XXXI.

Leipzig, Mittwoch den 15. November 1893.

№ 132.

## Döblin in Leipzig.

Zu den zahlreichen Versammlungen, in denen unser Verbandsvorsitzender Döblin seither für die Verbreitung der Verbandsgrundsätze und das Wachsen des Verbandes wirkte, kam am Freitag dem 10. November auch eine solche in Leipzig. Für die Versammlung hatte sich schon gelegentlich der Vorbereitungen ein außergewöhnliches Interesse gezeigt und das zahlreiche Erscheinen der Kollegen, von denen 800 bis 1000, darunter eine große Anzahl Nichtverbandsmitglieder, im Pantheon anwesend sein mochten, erinnerte lebhaft an die mächtigen Zusammenkünfte zur Zeit des Kampfes um die neun Stunden. Leipzigs Gehilfenschaft fängt wieder an sich rüstig aufzutaffen! Kollege Döblin ergriff, als das Bureau — aus den Kollegen Eichler, Kiesel, Gash — gebildet war, das Wort, um in seiner schlichten und klaren, von jedem Wortschwall freien, jedoch oft von dem ihm eignen glücklichen Humor gewürzten Redeweise das zur Tagesordnung gewählte Thema: „Der geplante Anti-Verband, genannt Gutenbergbund, seine Förderer, seine Absichten und die Stellungnahme der Gehilfenschaft dazu“ in mehr als einstündigem Vortrage abzuwickeln.

Zuerst muß ich mein Bedauern ausdrücken — so hob der Redner an —, ein Thema wie das vorliegende behandeln zu müssen. Heute wo die Lage des Arbeiters eine so überaus trübe, die Arbeitslosigkeit eine enorme ist, und es nur gelten sollte, diesen Uebelständen ein Paroli zu bieten, entsieht den dazu bereiten Gehilfen aus den Reihen der eignen Standesgenossen eine Gegnerschaft. Man geht gegen eine Organisation an, die die beruflichen Verhältnisse seit bald dreißig Jahren zu ordnen sich bemühte. Nicht sind es Arbeitsscheue, die heute müßig auf der Straße umherirren, beispielsweise hat der Weimarer Verein zur Bekämpfung der Bagabondage gestehen müssen, daß er zwar im letzten Jahre 13000 Personen unterstützte, daß es aber keine Bagabunden, sondern Opfer der wirtschaftlichen Verhältnisse waren. Ein weiterer Beweis hierfür ist der Frankfurter Kongreß. Dort doktrinierte man herum, um mit Arbeitsnachweiser Hilfe zu schaffen, aber die anwesenden Arbeiter haben den Herren Kongressisten vorgehalten, daß Nachweise keine Arbeit schaffen und somit nur wenig Zweck haben. Seit langer Zeit haben hingegen die organisierten Buchdrucker das Bestreben verfolgt, Arbeit für alle zu schaffen. Vor zwei Jahren suchten sie in einem gewaltigen Kampfe ihr Ziel zu erreichen. Unter den Kampfmitteln des Prinzipalismus sind sie zurückgeschlagen worden, indes der Kampf war kein vergeblicher, sondern für die Zukunft gestärkt. (Sehr richtig!) Auch viele Gehilfen haben sich unter süßen Versprechungen von den wirtschaftlichen Gegnern ins Casseparat nehmen lassen, jetzt kann man aber nicht wenige hören, die ihre bittere Enttäuschung dokumentieren. Jeder ehrliche Kollege sieht ein, daß es für ihn und die Allgemeinheit besser gewesen wäre, ferner nur neun Stunden arbeiten zu brauchen.

Nach dem großen Ringen haben die Unternehmer die furchtbaren Anstrengungen gemacht, die Gehilfenschaft zu vernichten, sie wollten keine Macht mehr neben sich dulden, die einen für die Gehilfen günstigen Einfluß ausübt. Aber das Gegenteil ist erreicht worden. Die Gehilfenvereinigung hat sich gestärkt und verbessert. Wenn 16000 Mitglieder freiwillig ihrer Rechte im Statut entsagen, um die Organisation flott zu machen, so befindet dies ein Vertrauen zu derselben, das unerschütterlich ist. Eine solche Vereinigung ist nicht totzumachen. Allein die

Prinzipale haben durch ihr Vorgehen bewiesen, daß sie in der Verfolgung ihrer eignen Interessen auf die Interessen ihrer „Mitarbeiter“ feinerlei Rücksicht walten lassen. Kaum den „Sieg“ in der Tasche, war ihre erste Heldenthat, den eben besiegelten Tarif heruntersetzen zu wollen. Dem jedoch aber die kräftig genug gebildene Gehilfenvereinigung, mit der man immer noch rechnen mußte, in der Hauptsache einen Kiesel vor. Allmählich leben aber die Prinzipale ein, daß die Schmutzkonzurrenz stetig bedrohlicher wird, seitdem die Gehilfen sich passiv verhalten und nicht mehr wie früher dieselbe energisch auszurollen sich angelegen setzen lassen. Anzeichen für diese zum Bewußtsein gelangte Ueberzeugung sind vorhanden, vorerst beliebt man indes noch die Bekämpfung der Gehilfen. Ein Ausfluß der vorgebildeten „Fürsorge“ für die Gehilfen ist die vielgenannte Prinzipalstasse — eines der Kampfmittel gegen den Verband. Offen erklärt haben es die Gründer in ihren Zirkularen, daß die Kasse geschaffen sei, um einen „sozialdemokratischen Ansturm“ der Gehilfen hintanzuhalten. Ja, wenn die Arbeiter ihre Ware, die Arbeit, möglichst teuer verkaufen wollen, so heißt das „sozialdemokratischer Ansturm“, schließen dagegen die Unternehmer Mägen, um das gleiche mit ihren Produkten zu erzielen, so nennt man dies eine Hebung des Gewerbes. Hoffte man mit der Kasse die Stärkung des Verbandes zu verhüten, so wurde die gar nicht eintretende wollende Liebe zu dem Institut durch den „indirekten Zwang“ gefördert. Die Gehilfen zahlen nun ihren Beitrag in solchen Fällen und betrachten dies als eine Steuer für die Kondition.

Meine Herren — fährt Kollege Döblin fort — ich komme nun zum Gegenstande der Tagesordnung. Als das Prinzipalstum sah, daß mit seiner Kasse allein der gewünschte Zweck doch nicht erreicht wurde, da sollten die in bevorzugten Stellungen befindlichen Herren einen Gegen-Verband gründen. Besonders eifrige Berliner Faktoren thaten sich hervor. Nun ist es freilich schwer, den Bestrebungen dieser Leute nachzuspüren, denn sie scheuen das Licht der Öffentlichkeit ängstlich und tagen allemal hinter verschlossenen Thüren, man muß sich daher an ihre Veröffentlichungen halten. Der Gründer Weinweder und seine rechte Hand Zrnisch in Braunschweig wurden zu einer kürzlich dabeist einberufenen Versammlung brieflich eingeladen, wer aber nicht erschien, das waren diese beiden. Nun, wenn diese Herren auf rechte Art für ihre Sache Propaganda machen könnten, dann würden sie doch kommen und uns aufklären, es wäre ihnen ja vielleicht möglich, uns zu belehren oder uns nachzuweisen, daß wir auf dem falschen Wege sind. Aus ihren schriftlichen Äußerungen ist die nachdrückliche Erklärung zu beachten, daß die Anhänger des zu gründenden „Gutenberg-Bundes“ „im Frieden mit den Prinzipalen“ leben wollen. (An einer langen Reihe von Beispielen zeigt der Redner, wie unwahrscheinlich solches ist, sogar die kurze Geschichte des „Gutenberg-Bundes“ habe schon ein Loch in das Registor gerissen.) Der Referent auf dem Erfurter Tage der Weinweder habe ihr Vorhaben mit der Gründung des „Bundes der Landwirte“ in Parallele gestellt. Aber bei den Landwirten bestand ein solcher Bund bisher nicht, hier wollten sie dagegen den bestehenden durch eine Contregründung schädigen. Der Faktor Hermann sagte, für sie, die Druckerbeamten, brauchten sie keinen Verein, sie wüßten schon wie es gemacht wird, sich zu verbessern. (Weiter.) Unter den Ertragschaften der Weinweder wird auch der „lebhaft frequentirte Arbeitsnachweis“ aufgeführt. Es kann nicht Wunder nehmen, daß bei solchem Dienste, wie der Beschaffung von Kaudreihern (Königsberg und Halle) der Arbeitsnachweis „lebhaft frequentirt“ wird. Wegen dieser sauberen Handlungsweise ist auch eine Druckerei aus dem Berliner Buchdrucker-(N.B.) Verein ausgetreten. Die Gehilfen müssen das größte Mißtrauen dieser Schöpfung entgegenbringen. Es sei auch ein seltsames Zusammengehen, daß seit dem Erscheinen des Typographen die „Stimmen aus Gehilfenkreisen“ in der Zeitschrift f. D. B. verschwunden sind.

Dieses „Gehilfenblatt“ Typograph erklärt, die Konditionslosigkeit trage zur Gesundheit der Arbeiter bei und wirbt um Mitleid für die Prinzipale, die in schwacher Geschäftszeit den Schaden doppelt und dreifach haben, woraus die Gehilfen Rücksicht nehmen müßten. In der kapitalistischen Presse, so der Königsberger Partungischen Zeitung, werde ein Jubelsturm angestimmt, daß mit Gründung des „Gutenberg-Bundes“ die Gehilfen keine Forderungen an die Prinzipale mehr stellen können. Deshalb empfiehlt auch die Blaufeldsche Buchdrucker-Zeitung eifrig die Agitation für diesen Bund. Mit Wohlgefallen gibt sie ferner einen Artikel dieses „Gehilfenblattes“ wieder, in dem in bezug auf die sanitären Verhältnisse der Druckereten gesagt wird, daß eine „gerade Haltung“ der jungen Leute am Kasten und ein solches Leben die Schwindsucht von ihnen fernhalten werde, höherer Lohn und kürzere Arbeitszeit könnten ihnen aber niemals helfen. (Weiter.) Die Herren streuen im Typographen auch aus, der Verband habe eine 7½-prozentige Lohnerhöhung ausgeschrieben; von dieser sollten aber alle Löhne von über 30 Mark ausgeschlossen sein und in den kleineren Städten dafür ein Lohnabschlag eintreten. Daß wir die Gehilfenschaft nicht durch solche Manipulationen unter sich in Zerrissenheit gebracht haben, mag die Gegner freilich heute noch schmerzen.

Für den „Frieden mit den Prinzipalen“ haben die Leipziger Gehilfen im Jahr 1873 gekämpft, wo sie die Grundfrage eines solchen, den gemeinsamen Tarif den Prinzipalen abtropfen. Stets haben die Gehilfen den Frieden gesucht und sind auch erst zum letzten Ausstande durch die Ausperrungen gezwungen worden. Bestürzungen, daß die Gegenverbände, ein weiteres der Prinzipalskampfmittel, Fortschritte machen werde, dränge sich übrigens kein Kollege hinzugeben. In Berlin, wo der Gegenverein 800 Mitglieder zählen soll, folgten seiner Fahne wenig mehr als anderthalb hundert bei den letzten Wahlen zur Ortskaffe und Innung, wo der letzte Mann heranzuholen gesucht wurde. Währendem zieht ein neuer Geist in den Verband. Im zweiten Quartale seien ihm allein 900 neue Mitglieder zugetreten, die Erkenntnis bohrte sich eben durch, wie legensreich sein Wirken ist. Die Statistiken des Prinzipals-Arbeitsnachweises zeigen zwar, daß die Behauptung des Herrn Klinkhardt, für eine Verkürzung der Arbeitszeit seien zu wenig Arbeitskräfte vorhanden, unzutreffend war, es fällt aber Herrn Klinkhardt nicht ein, seine Behauptung zurückzunehmen und nun der Forderung nachzugeben. Indes wird die Verbrüderung blühend kultiviert und die Müchlichkeit der Segmaschine in blauen Farben vorgekamt. „Verdienen“ wird bei den Herren Meistern stets groß geschrieben. Die Gehilfen leiden hierunter. Der Verband strebt menschenwürdige Zustände an und indem er es abschaffen will, daß die Kollegen monatelang das Straßenspaster treten, erfüllt er eine hohe Kultur-aufgabe. Wächten die Nichtverbandskollegen in Leipzig, auf welche Stadt nebst Berlin die Kollegen der Provinz blicken, ebenfalls baldigt den Spruch beherzigen: In der Einigkeit liegt die Macht!

Auf die mit vielem Beifalle begleitete Rede des Verbandsvorsitzenden folgten noch kräftige und ebenfalls beifällig aufgenommene Ansprachen der Kollegen Eichler, Kiesel und Seidel, die hauptsächlich von lokalen Gesichtspunkten den Beitritt zum Verband empfahlen und zu einer regen Agitation von Mann zu Mann aufforderten. Demgemäß nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an:

Die am 10. November 1893 im „Pantheon“ stattfindende, von organisierten und unorganisierten Buchdrucker besuchte allgemeine Versammlung ist mit den Ausführungen des Referenten, Kollegen Emil Döblin-Berlin, voll und ganz einverstanden, sie erkennt in dem Pseudo-Gehilfenvereine „Gutenberg-Bund“ ein

Nachwerk unserer Unternehmern und deren begabter Helfers, darauf berechnet, die edlen Bestrebungen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zu nichte zu machen und damit die Lebenshaltung der Gehilfen in bezug auf Lohn und Arbeitszeit zu verschlechtern. In dieser Erkenntnis versprechen die Anwesenden, mit aller Energie an der echten Gehilfenorganisation festzuhalten bzw. sich derselben anzuschließen und fordern alle Mitkollegen Deutschlands auf, in demselben Sinne zu handeln, weil es nur einer freien, unabhängigen Gehilfenorganisation, also dem „Verbande der Deutschen Buchdrucker“, möglich sein wird, alle offenen und verdeckten Angriffe unserer wirksamen Gegner zu erkennen und gebührend zurückzuweisen sowie für Verbesserung der bedrückten Lage aller Berufsangehörigen einzutreten durch Unterstützung in Bedrängnis und einiges Zusammenhalten.

Es wurden noch den Streifenden in Brandenburg 200 Mark bewilligt, worauf um 11 Uhr der Schluß der anregenden Versammlung folgte, bei der sofort etliche Anmeldungen zu verzeichnen. Möge sie gute Früchte tragen, indem die Kollegen das Werk der Propaganda in den Offizinen thätig fortsetzen!

## Korrespondenzen.

**Altenburg.** In der am 12. November togenden Mitgliederversammlung der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse in Liquidation gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Mitgliederversammlung des Bezirkes Altenburg der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse des U. B. D. B. in Liq. empfindet nach genauer Darlegung der Verhältnisse und in Rücksicht darauf, daß der Verband die Leistungen der aufgelösten Krankenkasse übernommen hat, allen im Bezirk Altenburg arbeitenden Mitgliedern, auf den nach Abwicklung aller Verbindlichkeiten der B. K. K. verbleibenden Ueberfluß zu gunsten des Verbandes Deutscher Buchdrucker zu verzichten.“

**Kaiserslautern, 7. November.** Die am 5. d. M. abgehaltene Mitgliederversammlung beschäftigte sich u. a. mit dem vom Hauptvorstand erlassenen Zirkulare bezüglich der Verwendung des Restvermögens der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse i. L. Sämtliche Anwesenden waren darüber einig, daß ein etwaiger Ueberfluß bei Abschluß der Liquidation dem Verbandszugehören sei und es gelangte dementsprechend nachfolgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die Mitglieder am Orte Kaiserslautern sind damit einverstanden, daß das Restvermögen der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse i. L. ohne jeden weiteren Vorbehalt der Verbandskasse überwiesen wird und hoffen, daß die übrigen Mitglieder im Bezirk bei der demnächst stattfindenden Urabstimmung in diesem Sinne handeln werden.“ — Im weiteren Verlaufe der Versammlung kam auch die Einführung des obligatorischen Abonnements auf den Correspondenten zur Sprache und es steht zu erwarten, daß in der nächsten Versammlung ein dahingehender Beschluß gefaßt werden wird.

**S. Konstanz, 6. November.** (Bezirksverein.) Die gefrige Versammlung war von hier sehr zahlreich besucht, während von den auswärtigen Bezirksorten niemand erschien, trotz der wichtigen Tagesordnung, welche Interessiertheit sehr zu debarieren ist. Hauptpunkt der Tagesordnung war die Besprechung und Stellungnahme zu dem aus der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse in Liq. sich eventuell ergebenden Ueberfluß. Nach einer beispielsweise Darlegung der Angelegenheit und nach kurzer Diskussion erfolgte mit allen gegen eine Stimme die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Bezirksversammlung Konstanz beschließt, auf einen etwaigen, nach Abwicklung aller Verbindlichkeiten der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse auf sie entfallenden Ueberfluß zu verzichten und denselben der Kasse des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zu überweisen.“ — Hiermit war dieser Gegenstand erledigt. Der Vorsitzende gedachte der in größerer Zahl bleibender Kollegen erfolgten Beteiligung an dem Leichenbegängnisse des leider zu früh verstorbenen Kollegen Engelbert Fambach aus Frohstheim bei Frankfurt am Main, wohnhaft in Kreuzlingen (Kanton Thurgau). Zum Andenken an den Verstorbenen erhob sich die Versammlung von den Sigen. — Schließlich brachte der Vorsitzende noch ein Zirkular der Sektion Borsberg zur Kenntnis, wonach auf Pfingsten 1894 ein internationales Buchdruckerfest in Wetzlar projektiert wird. Eine nähere Besprechung dieses Gegenstandes wurde auf eine spätere Versammlung verschoben.

(?) **München.** Nochmals versammelten sich in vergangener Woche hier die gefinnungs- und herzverwandten Seelen der „Leinweder“, mit der Vorstandsmaßregel, den Eintritt nur durch Legitimationen zu gestatten. So ungestört kamen sie dennoch nicht ins Klare. Geld, Geld, Geld, ein Grundfonds war

ihr heißer Wunsch. Zu diesem Zwecke wollen die Herren erstens die „Arelle Vereinigung“ anpumpen, bligen sie dort ab, so ist die Sprengung der alten Münchener Ortskasse ins Auge gefaßt (ähnlich so gingen auch die Berliner an die Deutsche Kasse, jedoch vergeblich, Red.). Schlägen all diese Pläne fehl und bereifst des letztern ist kein Zweifel daran — dann soll die Gründung der „Bundes“-Sektion unterbleiben. Das wäre ein Verlust für unsre Unterhaltung.

**Kudolfsstadt.** Die am 4. November abgehaltene Monatsversammlung unsrer Mitgliedschaft beschäftigte sich unter anderem auch mit der Angelegenheit der Verwendung eines eventuellen Ueberflusses aus der in Liquidation befindlichen Zentral-Kranken- und Begräbniskasse. Der Vorsitzende legte in kurzen Worten dar, daß es wohl moralische Pflicht eines jeden Kollegen sei, auf einen eventuellen Ueberfluß zu gunsten des Verbandes zu verzichten, da ja letzterer bei Eröffnung auch mit seinen Leistungen in Krankheitsfällen ohne jedwede Karenzzeit begonnen habe. In diesem Sinne sprachen sich auch mehrere andere Redner aus und es wurde folgende Resolution, nachdem ein Antrag, die Berliner Resolution zur unsrigen zu machen, abgelehnt worden war, mit allen gegen zwei Stimmen angenommen: „Die heute am 4. November abgehaltene Versammlung der Mitgliedschaft Kudolfsstadt erklärt sich, in anbetraucht der ohne jedwede Karenzzeit durch den Verband übernommenen Leistungen bei Krankheit und Todesfall, mit der Ueberführung eines eventuellen Ueberflusses aus der in Liquidation befindlichen Zentral-Kranken- und Begräbniskasse des U. B. D. B. in den Verband der Deutschen Buchdrucker emersandend und erwartet von allen Mitgliedern, daß sie auf einen etwaigen Ueberfluß zu gunsten des Verbandes Verzicht leisten.“ Laut Versammlungsbeschlusse wird dieser Auszug aus dem Protokolle veröffentlicht, um zu beweisen, daß auch die Provinzkollegen noch Interesse am Verbandsbesitz haben. Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß sämtliche Kollegen, mit einer einzigen Ausnahme, auf einen Ueberfluß schriftlich zu gunsten des Verbandes verzichtet haben.

**K. Stettin.** Am Sonntage dem 24. Oktober fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Unter anderem fand auch eine Besprechung der in Liquidation befindlichen Zentral-Kranken- und Begräbniskasse statt. Vom Vorstande wurden die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß der Verband ohne Karenzzeit und ohne dispositive Mittel die Unterstützung sofort übernehmen mußte, auch das Sterbegeld zu leisten hatte, daß im ersten Quartale die Sterbefälle bereits 21 betragen, es deshalb und in anbetraucht der außerordentlich hohen Anforderungen, die an die Verbandskasse überhaupt gestellt werden und immer noch gestellt werden, nur gerecht sei, wenn die Mitglieder auf den eventuellen Ueberfluß zu gunsten des Verbandes verzichteten und dadurch demselben einen kleinen Ersatz für seine Leistungen böten. Seitens der Mitglieder wurde sodann folgende Resolution einstimmig und ohne den geringsten Widerspruch angenommen: „Die Mitglieder des Vereines Stettiner Buchdrucker erklären sich mit dem auf der Generalversammlung zur Annahme gelangten Antrage, welcher lautet: „Der nach ev. Auflösung der Kasse noch verbleibende Rest des Kasseevermögens wird in die Kasse des Unterstützungsvereines resp. des Verbandes der Deutschen Buchdrucker überführt einverstanden und leisten auf einen eventuellen Ueberfluß der in Liquidation befindlichen Zentral-Kranken- und Begräbniskasse zu gunsten des Verbandes Verzicht.“ — Erwägt ist noch, daß wir in dieser Versammlung auch eine recht stattliche Zahl Neuaufnahmen zu verzeichnen hatten, uns zur Freude, den „Leinweder“ zum Leid.

**e. Stuttgart, 10. November.** Aus der Verhandlung über die Berufung des Unterstützungsvereines für Württemberg contra Fritz u. Gen. betr. Feststellung der Mitgliedschaft derselben (das Urteil siehe Rundschau der vorigen Nummer) ist folgendes hervorzuheben. In Erinnerung gerufen sei vorerst, daß der Thatbestand der Berufung darin lag, den Herren Fritz u. Genossen die fernere Mitgliedschaft bei dem Württembergischen Vereine streitig zu machen, da dieselbe bisher abhängig war von der Mitgliedschaft beim Gewerksvereine, während die Genannten dem Verbands bei der Umwandlung nicht beigetreten sind; die erste Instanz hatte ihnen dennoch die Mitgliedschaft beim Württembergischen Vereine zugesprochen. Der Vertreter des Vereines verstand es in meistjähriger Weise, die gefühllos notwendige geworden, allerdings nur formale Reorganisation des U. B. D. B. darzutun, aus welcher naturgemäß die statistischen Bestimmungen für den Württembergischen Vereine herborgehen müßten, sofern derselbe auch fernerhin dem Grundsatze „Einer für alle“ und „Alle für einen“ treu bleiben wollten. Seitens des gegnerischen Anwaltes wurde geltend gemacht, daß er selbst mit den Ausführungen des Unterrichters nicht ganz einverstanden sein könnte und eventuell selbst Berufung eingelegt hätte, zwar nicht gegen das endgültige Urteil, wohl aber gegen einzelne irrthümliche Schlussfolgerungen. Draufsch waren die Ausführungen dieses Betreters der Herren Fritz u. Gen. über die

dem Verbandsvorstand eingeräumte Gewalt. Aus den statistischen Bestimmungen gebe zur Genüge hervor, daß die Mitglieder des Verbandes nur mehr Pflichten, aber keine gewähretesten Rechte hätten, wogegen seine Partei wünsche, daß in den Statuten für derartige alle erworben Rechte schützende Bestimmungen enthalten sein müßten. Wenn man gegen die statistischen Änderungen in den 1880er Jahren einen Protest nicht erhoben habe, so sei damit der Beweis erbracht, daß man eben damals dem Gedanken an den Unterstützungs-(Versicherungs-)verein vollständig Rechnung getragen habe, während durch die Gründung des Verbandes als Kampfvereine (bu!), ein vollständig neues Unternehmen, alle die Voraussetzungen hinweggefallen seien. Würden diejenigen Mitglieder, welche wesentlich anbrer Vertretung seien als die Verbandsleitung oder die Führer im Vereine, nicht mit Licht und Bann der ihrem Austritte belegt werden, so dürften die Anhänger seiner Partei sich um Hunderte, ja Tausende vermehren. (Das ist ja gräßlich, Herr Anwalt!) Kühn und zum Theile direkt unwahr, war auch die Aeußerung des Anwaltes, daß die Gehilfen den Streit unter allen Umständen wollten, denn selbst eine Lohnerhöhung von 6 bis 7½ Proz. sowie eine angebotene Herabsetzung der Arbeitszeit von einer halben Stunde wäre von denselben höchstwillig zurückgewiesen worden. Der gegnerische Anwalt stellt sich die Möglichkeit, nach welcher Richtung hin der vollständig neue Kampfverein die Frage der Vertretung der Arbeitszeit für die Zukunft lösen werde, folgendermaßen gruselig vor: es könne dem Verbandsvorstande von heute auf morgen einfallen, statt des achtstündigen nur einen siebenstündigen Arbeitstag mit zweimonatlichen Ferien und Gehaltszulage zu proklamieren, dann würden die jenigen Verbandsgehilfen, welche diesem Befehle nicht nachkämen, all ihrer Rechte verlustig erklärt, d. h. ausgeschlossen werden. Das Richterkollegium konnte ob dieser geschmacklosen Begriffsverwirrung ein Lächeln nicht unterdrücken, Schreiber dieser Zeilen war aber am Schlusse der Verhandlung sich doch darüber klar, daß trotz der wie schon gesagt gediegenen und mit klaren Beispielen belegten Verteidigung ein andres als so das gefällte Urteil nicht zu erwarten stand. — So heilig mir nun auch die Großen unsrer Institutionen sind, ich möchte es doch für unbedingt notwendig halten, daß sich der Vorstand des Unterstützungsvereines für Buchdrucker und Schriftgießer in Württemberg entschließt, den nun einmal bis zur II. Instanz geführten Streit vor das Reichsgericht zu bringen, um an der Hand dieses letzten Urteils unsere statistischen Bestimmungen in unangewiesener Weise feststellen zu können. — Die auf den 8. November anberaumt gewesene Verhandlung über die Klage betreffs Feststellung und Vermögensbeschlagnahme der Zentral-Invalidentasse, geführt von Fritz u. Gen., wurde auf Antrag der beiderseitigen Rechtsanwältinnen bis zum 6. Dezember vertagt.

## Rundschau.

**Buchdruckerei und Verbands.**

In einer ungemein lobreichen Rezension der Arbeit über die „Zunung im Buchdruckgewerbe“ — der „entschieden bedeutendsten Erscheinung, die die typographische Litteratur, seit Jahren hervorgebracht“ — führt unser Bruderorgan der Wiener Vorwärts betreffs des zweiten Teiles der Schrift, der von den Innungsbestrebungen der deutschen Prinzipale handelt, folgendes aus: „Ein Kapitel, bei welchem wir in Wien wohl mitreden dürfen. Besteht doch bei uns bereits die Innung in Form der Genossenschaft seit Jahren und bestanden und bestehen doch bei uns alle die den rüchsten Verhältnisse, welche die Innung als ein Wahrschild erscheinen lassen müßten. Wir haben Groß- und Zwergbetriebe in einer Genossenschaft vereinigt, die „Kleinen“ werden, wie wir schon hundert Mal im Vorwärts nachgewiesen, von den „Großen“ des Gremiums um den Daumen gedreht, obwohl erstere ohnehin naturgemäß und allen Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung zufolge dem Rutne preisgegeben sind. Aber beide schlossen auch bei uns miteinander Frieden, weil sie glaubten, in der Genossenschaft ein Mittel gegen die „rebellischen“ Gehilfen gefunden zu haben. Sie täuschten sich freilich arg, denn die Wiener Gehilfen mußten ihre Leute in die Genossenschaft hineinbringen und diese zu ihren Zwecken auszunutzen; sie thaten, was Gosh sehr richtig den deutschen Kollegen rät, denen die Wahl eines Innungsausschusses zugemutet wird. Aber die „Großen“ würden selbst schon längst die Genossenschaft über Bord geworfen haben, wenn sie ihnen nicht zugleich eine Waffe gegen die Kleindrucker in die Hand gäbe. Ihnen schadet die Genossenschaft nicht. Sie sind feinerst aus denselben Gründen in die Genossenschaft eingetreten, die die deutschen Großprinzipale bewegen, mit der Innung Freundschaft zu schließen und zwar auf folgendem Prinzip: 1. Daß es (das Großkapital im Buchdruckgewerbe) selbst in der Innung die Oberhand behält und so sich jeden Zwang und jede Vereinträchtigung durch die Kleinen fernhält; 2. letztere vielmehr den

giert; 3. sich ihre Bundesgenossenschaft gegen die Ge-  
hilfen sichern; 4. mittels der Innung das Gewerbe  
möglichst gegen neue Beschäftiger absperrt. Die  
Kleinere in Wien hindern haben nur Lasten zu  
tragen, ohne von der Genossenschaft etwas zu haben,  
sie murren, aber sie sind der Macht des Kapitals auch  
in der Innung bereits erlegen, so schwach auf jeden  
Fall, diesem zu opponieren. An ihnen rächt sich der  
Auf nach der Genossenschaft, diesem mittelalterlichen,  
auf moderne Verhältnisse hinausgeschöpften Kreis. In  
Deutschland werden dieselben Umstände eintreten.  
Gleich führt dies alles auf grund selbständiger Unter-  
suchungen eingehend aus und seine Ausführungen  
werden durch unsere praktischen Erfahrungen auf diesem  
Gebiete geradezu glänzend bestätigt.“

Wie die Gewerbeordnung und gleichzeitig die Aus-  
bildung der Lehrlinge in Buchdruckeretien oder  
ähnlich sich nennenden Geschäften gehandhabt wird,  
wäre nachstehender Vorfall dokumentieren: In einer  
der jüngsten Druckeretien in Kaiserslautern werden  
Lehrlinge gezwungen, von morgens früh bis abends  
10 Uhr ihrer Ausbildung obzuliegen; als klingende  
Belohnung erhalten sie dafür am Sonnabend eine  
ganze Mark; doch soll es auch schon vorgekommen  
sein, daß etwaige Verhinderungen dieser Art durch  
Abzüge am Lohne bestraft wurden, wie dies  
fürzlich der Fall war, so daß der Lehrling, Sohn einer  
armen Waisfrau, mit 60 Pfennig heimkam. Es  
würde wahrlich an der Zeit, daß solchen willkürlichen  
Uebergriffen behördlicherseits vorgebeugt würde.

Der Papierfabrikant Nibel in Glaucha wurde  
zu 1500 Mark Geldstrafe event. 4 Monaten Gefängnis  
verurteilt, weil er wiederholtlich Schulkinder und  
jugendliche Arbeiter, letztere bis zu 18, ja sogar  
36 Stunden ohne Unterbrechung beschäftigt hat. Aber sonst  
gehört der Mann zweifelsöhne zu den Ordnungshütern.  
Einen Sieg, so meint der Typograph, hätte der  
Leinweber-Verein bei der Innungsjahreswahl in  
Berlin nicht erhoffen dürfen, aber „es war  
unser Pflicht, dem Rufe der Prinzipale... Folge  
zu leisten“. An dieser Pflicht der Leinweber-Verein  
noch kein Lebender geweiht. Wir danken für die  
Befestigung, daß diese „Gehilfenorganisation“ dazu da  
ist, die Aufträge der Prinzipale zu vollziehen. Die  
Schlappe erklärt das Blatt daraus, daß die Nicht-  
verbändler „jedem Rencontre mit den Zielbewußten“  
aus dem Wege gehen, was der Redakteur Hermann  
als „bösig verkehrt“ verurteilt. Warum vertritt „Ritter  
Lichtenberg“ denn seine Sache nicht in den allgemeinen  
Buchdrucker-Veranstaltungen? Das Blatt lügt wieder,  
der Verband hätte den Prinzipalen „jede fernere Tarif-  
gemeinschaft“ vor die Füße geworfen — vielleicht nimmt  
er noch Notiz von der Mitteilung, daß die Prinzipale  
die Tarifgemeinschaft aufgelöst (Befanntmachung  
in der Zeitschrift vom 2. Juni 1892). Mit „infer-  
nalischem Gelächter“, so greißt das verkappte Prin-  
zipalsblatt, hätten die anwesenden Gehilfen den Vor-  
schlag der Leinweber-Kandidaten in der Wahlver-  
sammlung empfangen. Hoffentlich sind die Betroffenen für  
dieses scharfe Verdict noch empfänglich. Schließlich  
„fremt“ sich das Blatt, daß die Verbändler trotz ihrer  
Innungsfeindlichen Tendenz mit so großer Begeisterung  
dem Rufe der Prinzipale Folge leisteten. Wir  
fürchteten schon, daß sie sich groß und ostentativ  
fernhalten würden“. Es ergreift einen ordentlich  
Mitleid, sehen zu müssen, wie diese Leute aus jedem  
Umstand ein Belegstück für die den Prinzipalen er-  
wachende Nützlichkeit ihres Wirtens herauszudrehen  
suchen. Spotten dabei ihrer selbst und wissen nicht  
wie. Nun, die Prinzipale werden das „infernalisches  
Gelächter“ sicher begreifen haben und irgend welcher  
Replikensfonds dürfte bald versiegen.

Der im Inseratenteil empfohlene Aufsatz-Trichter  
zum Walzen gehen von Franz Reiter in Heilbronn  
hat, wie uns mitgeteilt wird, die Probe bereits in mehr  
als 200 Exemplaren in ganz kurzer Zeit bestanden,  
besitzt die Missethäter, wie Luft- und Delschlangen,  
Löcher, Luft- und Huppen usw. und kann auf der  
Spindel einer jeden Matrize und bei jedem Maschinen-  
system in einem Augenblicke befestigt werden und zwar  
so, daß die Waffe vollständig gleichmäßig ringsum an  
der Spindel hinunterläuft, auch dann die dünnste wie  
dünnste Waffe nach Belieben rasch gegoffen werden.

In Brünn fanden zwei Versammlungen bebüh-  
rtet für den schiedsgerichtlichen Ausschuss statt,  
die wegen Mangels an Besuchern resultatlos verliefen,  
während in der dritten zu gleichem Zweck einberufenen  
Versammlung 41 leere Stimmzettel abgegeben wurden.  
Man hofft, daß die „maßgebenden“ Herren nun wissen,  
wie die Gehilfenorganisation über diese Einrichtung denkt und  
weitere Einladungen unterlassen.

Das fünfzigjährige Berufs-jubiläum feiern am  
25. November der Redaktor W. Formann und der  
Seher Karl Erneg bei Karl Gerold's Sohn in Wien.

Die seit Jahren über die Buchdruckeretien Jul. Küh-  
topf in Lorneuburg verhängte Blockade wurde am  
6. November aufgehoben nach erfolgter schriftlicher An-  
erkennung des Tarifs von 1888.

In Budapest soll im Dezember die Druckeretien  
einer neuen Artgenossenschaft eröffnet werden, die von

einflussreichen Persönlichkeiten (hohe Beamte oder Brüder,  
Ärsten und Verwandte von hohen Herrschaften) mit  
300 000 fl. Aktienkapital gegründet wurde. An der Grün-  
dung sind auch verschiedene Vereine beteiligt, die ins-  
gesamt ein Druckkostenbudget von 80 000 fl. haben.  
Durch Konnexionen hofft man ferner einen großen  
Teil der Staatsarbeiten zu erlangen, auch soll ein  
neues großes Tagelblatt herausgegeben werden.

Das Zentralkomitee des Schweizerischen Typo-  
graphenbundes hat die Ausdehnung der Gegen-  
seitigkeit mit dem Verbande der Deutschen Buchdrucker  
auf die Konditionslosen-Unterstützung am Orte zur  
Zeit abgelehnt in Rücksicht auf die voraussichtlich  
finanzleiste Schädigung der schweizerischen Konditions-  
losenklasse.

Aus Italien. Das Zentral-Komitee des italie-  
nischen Buchdruckerverbandes hat für die Folge laut  
Kongressbeschluss unabhänderlich seinen Sitz in Mail-  
land. Das Verbandsorgan Il Albografo wird, sobald  
der Verband die Bezeichnung „Italienischer Bucharbeiter-  
verband“ angenommen hat, seinen Namen in Il Lavo-  
ratore del libro (Der Bucharbeiter) umändern. — Im  
nächsten Jahre findet in Mailand eine Ausstellung  
der graphischen und verwandten Künste statt. — In  
San Remo wurde ohne Streik der Neunstundentag  
eingeführt.

In New York setzte die englische Union ein  
Komitee ein, das eine engere Verbindung mit den die  
Sechsmaschinen bedienenden Maschinenisten herbeiführen  
soll. Für die englischen Seper in New York hat sich  
die Neugründung eines kleinen Tagesblattes und Ein-  
stellung von zehn Sepern bei der World, deren Seper-  
personal nun aus 120 Mann besteht, ferner fanden  
200 Mann in der Metropolitan-Druckeretien durch Her-  
stellung der Registrierungslisten für eine Woche Be-  
schäftigung. Die Sechsmaschinen haben nun auch in  
drei Tageszeitungen von Minneapolis ihren Ein-  
zug gehalten. Tarif 21 Doll. für Tag- und 24 Doll.  
für Nachtarbeit. In Salt Lake City wurde der Lohn  
auf 27 Doll. bei 7 1/2 stündiger Nachtarbeit festgesetzt;  
Anfänger machen neun Wochen Gehalt durch und er-  
halten während dieser Zeit 15 Doll. In Boston er-  
hielten die Seper des Evening Telegram am Zahlung-  
tag keinen Lohn, stellten dieserhalb die Arbeit ein und  
wurden durch Seperinnen ersetzt. Ein energisch ge-  
führter Boykott blies dem Blatte das Lebenslicht ganz  
aus. In der Deutsch-amerikanischen Buchdrucker-  
Zeitung macht ein Kollege Front gegen die Absperrungs-  
maßregeln, die einige Vereine dem Bundespräsidium  
zur Einführung empfohlen. Die Absperrung hätte  
keinen Zweck, da sie die Einwanderung nicht aufhalten  
würde, vielmehr nur die Kontrolle über die Eingemander-  
ten unmöglich mache. Auch sei das was der Bund  
den letzteren als Gegenleistung biete, der Rede nicht  
wert: Erlaß des Eintrittsgeldes und das Recht, sich  
in die Liste der Arbeitslosen einschreiben zu dürfen;  
das Recht auf Arbeitslosen-Unterstützung tritt erst  
nach einem Jahr ein. Die Union in Newark, dessen  
Anführer der Kollege vertritt, betrachtet diese Bestrebungen  
als engherzig in einer Zeit, wo die Arbeiter aller  
Länder sich zu vereinigen bestrebt sind und ist der An-  
sicht, daß nur Palliativmitteln gegen die fortschreitende  
Technik in unjerm Erwerbszweige nichts auszurichten ist.

#### Vereine, Klassen usw.

Die Verfügung des Direktors des Eisenbahn-  
betriebsamtes in Essen gegen die Vereinsbestrebungen  
der Eisenbahn Stationsassistenten, in der es u. a. heißt,  
daß „beartige Bestrebungen“ mit der „staatlichen und  
dienstlichen Ordnung“ und „den aus der dienstlichen  
Stellung sich ergebenden Pflichten“ unvereinbar seien,  
daß sie das „Vertrauen zu den Vorgesetzten“ erschüttern,  
„Zwietracht“ hervorrufen und die „Disziplin“ unter-  
graben und in der „eine schriftliche, auf den Amtseid  
abgebende Erklärung“ über den Austritt gefordert  
und jedem, der den Austritt etwa ablehnen sollte, mit  
unnachsichtigem Vorgehen im Disziplinärwege“ gedroht  
wurde, hat inzwischen eine Korrektur erfahren. In  
einer neuerlichen Verfügung heißt es nämlich: „Wir  
wollen Ihnen ausdrücklich des Eintrittes zum Rechts-  
schutzvereine nicht hindernd entgegenzutreten in der be-  
stimmten Erwartung, daß Sie den Verein nicht als  
Mittel zu agitatorischen Handlungen benutzen werden,  
welche geeignet sind, in den Beamtenkreisen das Ver-  
trauen zu den Vorgesetzten zu erschüttern, unter den  
verschiedenen Beamtenkreisen Zwietracht hervorzurufen  
und die Disziplin zu untergraben. Das Vorstehende  
findet auch Anwendung auf den dortselbst gegründeten  
Verein mittlerer Beamten des Eisenbahnstations- und  
Abfertigungsdienstes, dessen Statuten in ihrer jetzigen  
Fassung zu Bedenken keinen Anlaß geben.“ Das  
klingt schon etwas anders. Es ist nicht bekannt ge-  
worden, was zu dieser Sinnesänderung Anlaß gegeben.  
Im übrigen hat auch der in der ersten Verfügung  
persönlich angegriffene Leiter des Vereins, Conrath  
in Hannover, Strafsantrag gegen den Direktor gestellt.

In Bernburg wurde die Verwaltungsstelle des  
Metallarbeiter-Verbandes aufgehoben, weil nach dem  
anhaltinischen Vereinsgesetz eine Verbindung ver-

schiedener Vereine nicht gestattet ist, und der hierauf  
zur Regelung der geschäftlichen Verhältnisse gewählte  
Vertrauensmann zu 8 Tagen Haft verurteilt, weil er  
den aufgelösten Verein fortsetze. In Zerbst wurde  
aus gleichen Gründen die Filiale des Tischlerverbandes  
aufgelöst.

Die Invalidentasse des Gewervereins der  
Maschinenbau- und Metallarbeiter, der die Behörde zu  
jener Zeit, wo die Arbeiter Unterfertigungsstellen zu  
genehmigungspflichtigen Versicherungsgesellschaften um-  
gewandelt werden sollten, das Abfindungssystem auf-  
erzögerte, hat sich jetzt aufgelöst. Die freiernden Mit-  
glieder nahmen ab, die Zahl der die Abfindung be-  
anspruchenden Mitglieder zu und so wäre für die Dauer  
nicht mehr zu wirtschaften gewesen. Der Anwalt  
Dr. Ehrlich plädierte für den Fortbestand dieses letzten  
Zweiges seiner Schöpfung auf dem Invalidentassen-  
gebiete, fand aber nur zwei Delegierte, welche ihm bei-  
pflichteten.

Die Düsseldorf Frauen-Agitations-  
kommission, welche in einer Versammlung gewählt  
wurde, die für die Erringung politischer Rechte für  
Frauen eintrat, war nach Ansicht des Schöffengerichts  
ein politischer Verein, an welchem Frauen nicht teil-  
nehmen dürfen. Diese Gesetzesauslegung wurde in der  
Berufungsinstanz als unbegründet verworfen und die  
Frauen freigesprochen.

Am 15. Oktober gründeten Vertreter einer großen  
Zahl Krankenkassen in Wiesbaden eine „Freie Ver-  
einigung von Krankenkassen im Regierungsbezirk  
Wiesbaden“.

#### Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftsdebate. Eine Versammlung  
der Bekleidungsindustrie zu Leipzig nahm  
folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung  
sämtlicher Gewerkschaften der Bekleidungsindustrie er-  
kennt auf grund der ökonomischen Entwicklung der  
heutigen Gesellschaft die Notwendigkeit gewerkschaft-  
licher Organisationen an, um in erster Linie die Ar-  
beiterschaft mit ihrer Klassenlage bekannt zu machen,  
wodurch gleichzeitig das Klassenbewußtsein erweckt wird,  
welches zur Führung des Klassenkampfes notwendig  
ist. Die Versammlung spricht daher über die Art  
und Weise, in welcher auf dem Parteitage zu Köln  
die Frage der Gewerkschaften behandelt wurde, ihr Be-  
dauern aus und ist im Gegensaße zu Genossen Bebel  
der Meinung, daß infolge der Konzentration des  
Kapitals sowie der sozialreformatorischen Gesetzgebung  
die Aufgabe der Gewerkschaften eine um so größere  
und die Bedeutung eine eminent wichtigere sein wird.  
Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß es  
Vorbereitung jedes einzelnen Genossen ist, die  
Erkenntnis auf ökonomischem Gebiete zu erweitern,  
seine Kraft nach Möglichkeit den Gewerkschaften zur  
Verfügung zu stellen, wodurch naturgemäß die  
Anteilnahme jedes Genossen an der politischen Be-  
wegung sich entwickelt und somit eine Vernachlässi-  
gung der politischen Bewegung weder eintritt noch  
eintreten kann. Denn alle politischen Maßnahmen  
werden sich stets nach den ökonomischen Gegebenheiten  
richten haben, somit ein Hand in Hand gehen der  
Arbeiterschaft nur von Nutzen sein.“ Im gleichen  
Sinne wurde in einer Berliner Versammlung der  
Arbeiter in Buchbindereien u. s. w. die Diskus-  
sion gegen den Ausspruch Bebel's geführt. Berliner  
Schuhmacher führten „eine lebhafteste Diskussion, die  
sich um die Debatte auf dem Kölner Parteitage drehte“  
— so berichtet der Berliner Vorwärts; mehr über den  
Gang der lebhaften Diskussion wird leider nicht mit-  
geteilt. Heiße Debatten werden fast in allen Partei-  
versammlungen, die zur Vertreterschaft über den  
Kongress ergo gen, über die Gewerkschaftsfrage geführt.  
Vielfach wird, da die Referenten im Sinne der Partei-  
tagsmehrheit, zu der sie ja in der Regel zählen, wirken,  
den gesamten Beschlüssen des Parteitages zugestimmt,  
öfter lauter das Urteil auch ungünstiger. In Dres-  
den wurde nach solcher Debatte dem Parteitag In-  
demnächst erteilt, desgleichen in Leipzig; in Halle  
nahm man von seinem Einverständnis mit den Bes-  
chlüssen die Behandlung der Achtstundentags- und  
der Gewerkschaftsfrage aus und mißbilligte Uuers Auf-  
treten. Eine Versammlung des zweiten Berliner  
Wahlkreises erklärte: „Die Gewerkschaftsbewegung ist  
ebenso notwendig wie die politische, beide müssen Hand  
in Hand gehen, um sich zu ergänzen. Die Versamm-  
lung fordert alle Genossen auf, sich den Wahlvereinen  
und den Gewerkschaften anzuschließen und diese zu  
unterstützen im Kampfe gegen die Ausbeutung des  
Kapitals.“ In dieser Versammlung hatte der Partei-  
sekretär Fischer einen Vortrag für die Gewerkschafts-  
bewegung gehalten, was von seinem vorherigen Auf-  
treten wesentlich abwich. Der Genannte ist übrigens  
in die Parteibuchhandlung versetzt worden; andererseits  
ist Genosse Singer, wie wir privatim erfahren, dem  
Vereine junger Kaufleute thätiglich beigetreten. In  
der Versammlung des zweiten Hamburger Wahl-  
kreises erstattete Regler Bericht. Er erhob natürlich  
Beschwerde über die Vorgänge in Köln. Hier mit-  
teilende Resolutionen gingen ein. Die Debatte  
wurde nicht beendet, Versammlung vertagt. In

